

Berliner Börsen-Zeitung.

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zweimal.

Abonnements-Preis:

vierteljährlich für Berlin 2 $\frac{1}{2}$ M. 15 %
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 3 $\frac{1}{2}$ M.

Insertions-Gebühr:

die dreispaltige Zeile 3 $\frac{1}{2}$ M.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratisbeilagen ersuchen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
Sonnenabends Nachmittags:
Allgemeine Verlosungsliste
und
Sonntags früh:
Börse des Lebens.

Die einzelne Nummer kostet 2 $\frac{1}{2}$ M.

Expedition der Börsen-Zeitung: Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 16. April. (W. T. B.) Der Schlesi-
schen Zeitung* zufolge wird Prinz Albrecht von
Preussen bis Ende Juli auf Schloss Camenz Aufent-
halt nehmen.

Wien, 15. April. (W. T. B.) Der Prinz
Luitpold von Bayern und seine Gemahlin sind mit
ihren Kindern, den Prinzen Leopold, Ludwig, Ar-
nulp und der Prinzessin Therese hier eingetroffen.
Dieselben wurden am Bahnhofe durch den Kaiser,
in der Hofburg von der Kaiserin und der Kaiser-
lichen Familie begrüßt.

Paris, 16. April. (W. T. B.) Die Permanen-
zcommission will in ihrer nächsten Sonnabend-
sitzung wegen verschiedener in dem Wablschreiben Rému-
sat's vorkommender Erklärungen eine Interpellation
an die Regierung richten. Der Präsident Thiers
selbst aber beabsichtigt, gutem Vernehmen nach,
in diesem Falle die Rechtfertigung Rémusat's zu
übernehmen. — Der „Bien public“ spricht sein
Bedauern aus, dass der bisherige Préfet von Lyon,
Cantouet, seine Demission gegeben und, ohne die
Ankunft seines Nachfolgers abzuwarten, seinen
Posten verlassen habe.

London, 16. April. (W. T. B.) Nach einer
Depesche der „Times“ aus Paris vom 15. d. wollen
Vertreter der Englischen, Französischen, Belgischen
und Holländischen Zuckerraffinerien einen Congress
in Paris abhalten, um sich über alle, die Production
des Rohzuckers betrefflichen Fragen zu verständigen.

Wien, 16. April. (W. T. B.) (Privat-
Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Die Einnahme
der Italienischen Tabaks-Actien-
Gesellschaft betrug im März cr. 3,972,050 Francs
oder 449,940 Francs mehr als im März 1872 und
im ersten Quartal des laufenden Jahres 27,306,456
Francs oder 144,707 Francs mehr als im ent-
sprechenden Quartal des Vorjahres.

Madrid, 15. April. (W. T. B.) Der Versuch,
in der Angelegenheit der Artillerieofficiere eine
Verständigung herbeizuführen, ist vollständig ge-
scheitert. — Der Carlistische Bandenführer Lizaso-
la ist eingetroffen nach Madrid und durch seine
Niederlage seine Vereinigung mit Donregay ver-
hindert worden.

(Siehe auch am Schluß des Blattes.)

Berlin, den 16. April.

Das Abgeordnetenhause, welches un-
terzüglich erst am 19. Mai seine Sitzungen wieder
aufnehmen sollte, wird, da man vielleicht etwas
zu sanguinisch erwartet, dass das Herrenhause bis
zum 1. Mai, also in 8 Tagen, die Berathung der
Kirchengesetze erledigen möchte, nach der „Sp. Z.“
schon in der ersten Maiwoche berufen werden.
Damit glaubt man den Landtag jedenfalls vor-
Fingsten schliessen zu können. Wie man hört,
legt die Regierung grosses Gewicht darauf, ausser
den Kirchengesetzen die Eisenbahnanleihe und das
Expropriationsgesetz zu erledigen. Die eigen-
lichen Dispositionen über die Arbeitsteilung wer-
den durch Verständigung der Präsidenten des
Reichstages und des Abgeordnetenhouses ge-
troffen, deren Einleitung indessen von dem Gange
der Herrenbasarbeiten und ihrer Resultate in
Ansehung der Kirchengesetze und von dem
Stande der Reichstagsarbeiten abhängig bleibt,
also immer erst gegen Ende dieses Monats ge-
troffen werden kann.

Die Mitglieder des Herrenhauses sind
durch ein Randschreiben des Präsidenten Grafen
Stolberg benachrichtigt worden, dass zur Erledigung
des dem Hause noch vorliegenden Materials, nament-
lich der kirchlich-politischen Vorlagen und der
Steuer-Gesetzesentwürfe, Plenarsitzungen vom 22. d. M.
ab stattfinden werden. Es gilt für wahrscheinlich,
dass auf der Tagesordnung der ersten Sitzung die
Steuer-Reformgesetze stehen werden.

Der Gesetzentwurf über die Eisenbahn-
Commissariate dürfte noch ziemlich sicheren
Aussichten im Abgeordnetenhause abgelehnt
werden, denn er steht im Widerspruch mit den
Aufsichtsräten, welche der Abschnitt VII. der
Reichsverfassung dem Reiche über das Eisenbahn-
wesen anweist. „Wenn bisher, schreibt die „B. A.“

noch nichts gethan worden ist, um diesen
wichtigen Bestimmungen der Reichsverfassung volles
Leben zu geben, so mag die Schwierigkeit
der auf das Reich zu übernehmenden Angelegen-
heiten der alleinige Grund der Verzögerung gewesen
sein; nachdem aber in dem grössten Bundesstaate
die bisherigen Zustände als völlig unhaltbar
sich erwiesen haben, bleibt nichts Anderes übrig,
als entweder in Preussen selbst neue Institutionen
ins Leben zu rufen, welche die Aufsicht über das
Eisenbahnwesen anders ordnen, als dieses bisher
der Fall gewesen ist, oder, das Reich muss die in
der Reichsverfassung übernommene Pflicht erfüllen
und sich Organe für diejenige Befugnisse schaffen,
welche ihm in deutlichster Weise beilegt worden
sind. Die Ablehnung des Gesetzes über die Eisen-
bahn-Commissariate in Preussen ist eine Anwei-
sung auf das Reich, den gleichen Gegenstand auf
Grundlage der Reichsverfassung zu ordnen; an dem
Reichstage wird es nun sein, Schritte und zwar mit
solchem Nachdruck zu thun, dass an Stelle des
blossen Beschlusses die endliche Erfüllung trete.

Ueber den Fortschritt des Baues der Gotthard-
Bahn liegt ein neuer Bericht vor, dem wir fol-
gendes entnehmen: Im Monat Februar waren die
Fortschritte bei dem grossen Tunnel an dem Richt-
stollen auf der Nordseite (Göschenen) 90, 14 M.,
an dem auf der Südseite (Airolo) 18, 11 M. Die
Gesamtlänge der Ende Februar hergestellten
Richtstollen beträgt 904, 1 M., wovon bereits 169,
1 M. erweitert und 78, 3 m. ausgemauert sind. Durch-
schnittlich waren 403 Arbeiter beschäftigt. Bei
Göschenen sind ausser dem erwähnten Stollen noch
13 Meter durch den Voreinschnitt getrieben, wovon
13, 1 M. durch ein Gewölbe geschützt sind. Die
Bohrung der Richtstollen geschah theils durch
Granit oder harten Gneis - Granit, theils durch
Glimmerschiefer mit Quarz, Amphibol und eingespren-
gten Granaten. Der Wassersandrang, der in der süd-
lichen Galleie mitunter sehr bedeutend war, hat
in einer Entfernung von 135 M. vom Eingange
vollständig aufgehört.

Die Pest-Oefener Handelskammer nimmt
in einem ausführlichen Promemoria die Intervention
ihrer heimischen Regierung in Anspruch, damit in
Wien den berüchtigten Cartelverträgen der
Staatsbahn, Nordwestbahn und der Franz-
Josephbahn energisch entgegengetreten werde.
Die Handelskammer hebt hervor, dass seit dem
Abschlusse dieser Cartelle die Fracht für Getreide
und Mehl, welches von Pest auf dem Wege über
Dresden nach dem Anlande (mit Eibramschlag)
befördert wurde, durch Aufhebung der Refactie um
9 Silbergroschen per Centner theuerer worden
ist, und ferner, dass nach Prag bestimmte Moh-
lendungen schon gegenwärtig 28, 5 kr. per Centner,
somit 57 fl. per Waggon an Fracht mehr
bezahlen müssen, als sie bisher zahlten,
indem die Fracht von 61 kr. auf 89, 5 kr.
erhöht wurde, so dass die Oesterreichisch-Ungarischen
Producenten anstatt der erwarteten Verwohlfehlung
des Frachttarifes einer grossen Frachtvertheuerung
gegenüberstehen. Was man im Oesterreichischen
Handelsministerium in der Angelegenheit thun wird,
ist noch nicht bekannt; doch scheint die lange
Verzögerung nichts Gutes zu bedeuten. Aller
Wahrscheinlichkeit nach hält sich Minister Dr. Ban-
hans den verunglückten Tarifschluss des Herrn
v. Plener vor Augen und scheint sich, in einer
Frage energisch vorzugehen, wo die Bahnen sich
auf ihren Schein und ihre concessionsmässigen
Maximal-Tarife, hinter denen sie alle zurück-
geblieben sind, berufen. Und doch brauchte sich
der Handelsminister von solchen keineswegs stich-
haltigen Einwendungen nicht zurückhalten zu
lassen. Es ist ihm, wie die „Neue Freie Presse“
sagt, sichtlich kein Geheimnis, dass die Con-
currenz der drei Bahnen um die Frachten nicht
in Form von allgemeinen Tarif-Ermässigungen
und Specialtarifen, sondern im Wege von Refactien
gegeben wurde, und zwar von Refactien, die abge-
sehen davon, dass sie eigentlich eine Umgehung
des Gesetzes involvirten, so allgemein bewilligt
wurden, dass sie ganz gut unter die von der Con-
cession aufgestellten Tarif-Ermässigungen, welche
ohne Zustimmung der Regierung nicht mehr auf-
heben dürfen, subsumirt werden können. Ueber-
dies haben die Pester Petenten, welche an eine

strenge Regierungsthätigkeit gewöhnt sind, ganz
Recht, wenn sie sagen, dass der Minister insbeson-
dere den zwei subventionirten Bahnen gegenüber
Macht, Recht und Mittel genug für sich habe, um
seine im Interesse des Allgemeinen gelegene Action
mit Erfolg durchzuführen.

In Betreff des Standes der Verkaufs-Ange-
legenheit der Römischen Eisenbahnen wird
uns unterm 12. d. aus Florenz geschrieben: „Wie
wir aus guter Quelle erfahren, ist die Gesellschaft
der Südlichen Eisenbahnen („Ferrovie Meridionali“)
officiell seitens der Regierung interpellirt worden,
ob sie geneigt wäre, seiner Zeit, an Stelle der Re-
gierung den Betrieb des Römischen Eisenbahnnetzes
zu übernehmen und später vielleicht auch dasselbe
känflich zu erwerben. Wenn diese Nachricht, wie
wir allen Grund anzunehmen haben, sich bestätigen
sollte, so dürfte es angezeigt sein, über die Absich-
ten der Regierung mehr ins Klare zu kommen. Es ist
evident, dass, wenn die Gesellschaft der Südlichen
Eisenbahnen den Platz der Römischen Eisenbahn-
Gesellschaft einnehmen soll, vorzuziehen wäre,
dass die Angelegenheit direct zwischen den
beiden Gesellschaften und ohne Einmischung
der Regierung ihre Erledigung finde. Dage-
gen hört man von anderer Seite ver-
sichern, der Eifer welchen das Ministerium in
dieser Verkaufs-Angelegenheit gegenwärtig an dem
Tag lege, habe darin seinen Grund, dass die
Regierung auf diese Weise eine versteckte Emis-
sion neuer Rente machen zu können hoffe; die Re-
gierung würde nämlich den Kaufschilling für die Röm.
Eisenbahnen in Rente ausbezahlen ohne jedoch
daran zu denken bei einem Wiederverkaufe den
Erlös zum Zurückziehen der in dem Geschäfte
erhaltenen Rentestücker zu verwenden. Es scheint uns
gerade aus diesem Grunde dringend geboten zu
verhindern, dass das Kaufgeschäft in der von dem
Ministerium beabsichtigten Art und Weise vor sich
gehe, denn ein derartiges Gebahren müsste unsere
Creditverhältnisse schwer schädigen.“

Der Geschäftsbericht des Berliner Bank-
vereins, der uns heute vorliegt, giebt im Eingang
zunächst Andeutungen über die von der Verwaltung
bifolgte Politik, die vor Allem darauf gerichtet
war, feste Verbindungen mit den bedeutendsten
Plätzen Deutschlands zu gewinnen und zu dem
Behuf Allianzen mit bestehenden oder neu
zu errichtenden Instituten abzuschliessen. Wie
der Berliner Bankverein mit Wien durch
den Wiener Bankverein und die allg. öster-
reich. Bodencredit-Anstalt und mit Frankfurt a. M.
durch den Frankfurter Bankverein in engen Be-
ziehungen steht, hat er diese auch mit anderen
bedeutenden Städten herzustellen gewünscht, und
zu diesem Behufe im Verein mit angesehenen
Firmen des Platzes in Hamburg den Hamburger
Bankverein, in Breslau die Schlesische Vereinsbank
ins Leben gerufen. Der Bankverein in Hamburg
hat erst im November v. J. seine Thätigkeit be-
gonnen, sich indess schon in den wenigen Monaten
seines Bestehens eine geachtete Stellung erworben
und berechtigt bei der grossen Bedeutung Ham-
burgs als Handelsplatz, die durch Einführung der
Reichsmarkvaluta noch zuzunehmen scheint, zu den
besten Erwartungen. Die Schlesische Vereinsbank
in Breslau ist seit dem 1. Juli v. J. in Thätigkeit
und legt bereits ebenfalls in diesen Tagen
ihren Actionairen einen für die kurze Zeit
ihrer Thätigkeit befriedigenden Bericht ab.
Durch die Wiener und Frankfurter Gruppe behel-
tigte der Berliner Bankverein sich ferner bei dem
Bestehen der Austro-Ottomanischen Bank in Kon-
stantinopel, des Prager Bankvereins in Prag, des
Basler Bankvereins in Basel, der Action-Gesellschaft
für Boden- und Communal Credit in Elsass-Lothrin-
gen in Strassburg und der London Banking Asso-
ciation in London. Im weiteren Verlauf constatirt
der Bericht, dass der Bankverein im ver-
gangenen Jahr wiederum der Pflege des regulären
Bank Commissions-Geschäfts besondere Aufmerk-
samkeit zugewandt habe. Das Provisions-
Conto aus dem reinen Bankgeschäft ergab
215,343 $\frac{1}{2}$ M., gegen 97,435 $\frac{1}{2}$ M. in 1871. Ausser
den oben bereits aufgeführten Geschäften
hat der Bankverein sich im Laufe des Jahres be-
theiligt bei der Deutschen Bau-Gesellschaft zu
Berlin, der 5 proc. Pensionsanleihe, einigen